

# Bundesratssitzung am 28.11.2014

Zur vollständigen **Tagesordnung** einschließlich aller **Drucksachen**, **Beschlüsse** usw. dieser Bundesratsplenarsitzung:

- [↳ Tagesordnung, Drucksachen und Beschlüsse](#)



928. Sitzung im Bundesrat  
(© LV Sachsen | Eggert)

## Verbesserung bei Leistungen für Asylbewerber (TOP 2)



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung **mit den Stimmen des Freistaates Sachsen** der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes **zugestimmt**. Es kann daher dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorgelegt werden und soll zum überwiegenden Teil rund zwei Monate nach Verkündung in Kraft treten.

Das Gesetz setzt die **Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts** aus dem Jahr 2012 um. Das Gericht hatte entschieden, dass die Höhe der Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht vereinbar ist. Es gab dem Gesetzgeber auf, die Leistungsätze zukünftig transparent und bedarfsgerecht zu bemessen und regelmäßig zu aktualisieren.

Die neuen Leistungsätze wurden daher neu ermittelt und **gegenüber den alten Sätzen deutlich angehoben**. Demnach kann ein Asylbewerber **künftig etwa 350 Euro inklusive Sachleistungen** - wie z.B. Essenspakete - erhalten. Die **Wartezeit**, bis ein Anspruch auf Leistungen analog zur Sozialhilfe entsteht, **verkürzt** das Gesetz von derzeit 48 auf 15 Monate.

## **Sachsen unterstützt die Einführung des Elterngeld Plus (TOP 4)**

---

**Mit der Stimme Sachsens** bestätigte der Bundesrat den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Einführung eines **Elterngeldes Plus** und für eine **flexiblere Elternzeit**.

Ziel des Gesetzes ist es, die bestehenden Elterngeldregelungen **nach dem Bedürfnis der Eltern zu flexibilisieren** sowie ein **Elterngeld Plus** mit einem Partnerschaftsbonus einzuführen. Immer mehr Eltern äußern den Wunsch, auch während der Kindererziehung in Grenzen berufstätig bleiben und sich ebenso um Haushalt und Familie kümmern zu wollen. Hier soll das neue Gesetz die **Teilzeiterwerbstätigkeit** für Mütter und Väter im Elterngeldbezug **attraktiver gestalten**. Beide Elternteile können zukünftig **statt eines Elterngeldmonats zwei Elterngeld-Plus-Monate** in Anspruch nehmen.

Damit sollen vor allem Eltern, die nach der Geburt ihres Kindes in Teilzeit arbeiten, länger von der Leistung profitieren können. Das Elterngeld Plus soll durch einen **Partnerschaftsbonus** ergänzt werden, der aus **vier zusätzlichen Elterngeld-Plus-Monaten je Elternteil** besteht. Eine weitere wichtige Regelung des Gesetzes ist eine **größere Flexibilisierung bei der Elternzeit**. So kann nicht beanspruchte Elternzeit von bis zu 24 Monaten künftig zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden. Die Zustimmung des Arbeitgebers ist dafür nicht mehr erforderlich, sofern die Elternzeit nicht in drei oder mehr Abschnitte aufgeteilt wird.

Der Deutsche Bundestag hat die **Empfehlungen des Bundesrates** aus dessen Stellungnahme zum Gesetzentwurf vom 19. September 2014 im Wesentlichen übernommen.

---

## Bundesrat stimmt neuen Vorgaben zur Sanierung und Abwicklung von Banken zu (TOP 5 a-d)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der Bundesrat hat sich in seiner heutigen Sitzung im zweiten Durchgang mit den Gesetzesvorlagen zur Einführung bzw. europaweiten Harmonisierung von Sanierungs- und Abwicklungsinstrumenten für Banken (insb. das BRRD-Umsetzungsgesetz) befasst und beschlossen, den **Vermittlungsausschuss nicht anzurufen** bzw. den **Gesetzesvorhaben zuzustimmen**.

Das Gesetz legt die Einrichtung einer **nationalen Abwicklungsbehörde** (in Deutschland vorerst die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, später dann die BaFin) fest. Kreditinstitute müssen zukünftig **Sanierungs- und Abwicklungspläne** erstellen. Darüber hinaus regelt das Gesetz die Befugnisse der Abwicklungsbehörde und die zur Verfügung stehenden Instrumente. Auch eine **europaweite Bankenabgabe** wird eingeführt. Damit soll zukünftig die **Übernahme von Bankenrisiken durch den Steuerzahler vermieden** werden.

Der **Bundestag** hat dabei einer Reihe von **Forderungen des Bundesrates** aus dem ersten Durchgang **entsprochen**. So gibt es **Vergünstigungen für kleine und mittlere Kreditinstitute** bei der Bankenabgabe. Für **öffentlich-rechtliche Kreditinstitute** wurde eine Regelung eingefügt, nach der das Problem des **Rechtsformwechsels landesrechtlich behandelt** werden kann.

# Sachsen unterstützt Änderung des Freizügigkeitsgesetzes zum Schutz vor Rechtsmissbrauch (TOP 7)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der **Bundesrat** hat das Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes **mit den Stimmen des Freistaates Sachsen gebilligt**.

Ziel des Gesetzes ist es, Fälle von **Rechtsmissbrauch oder Betrug** bei der Ausübung des Freizügigkeitsrechts im Bereich der **Schwarzarbeit** und **illegalen Beschäftigung** sowie beim Bezug von **Kindergeld zu verhindern** und konsequent **zu ahnden**.

So sind beispielsweise die **Befristung des Aufenthaltsrechts zur Arbeitssuche auf sechs Monate**, die **Einführung von befristeten Wiedereinreiseperrern** sowie die **Knüpfung des Kindergeldbezuges an die Angabe der Steueridentifikationsnummer** vorgesehen.

Die **Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten** nach Deutschland hat in den vergangenen Jahren **kontinuierlich zugenommen** und in verschiedenen Städten und Gemeinden zu **erheblichen Problemen** geführt. Die Folge waren **unhaltbare Wohnverhältnisse, ausbeuterische Beschäftigung, mangelnde Gesundheitsversorgung und Vernachlässigung der Schulpflicht**. Dem Gesetz vorausgegangen war der **Staatssekretärsausschuss zu »Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten«**, auf dessen Empfehlungen der Gesetzentwurf beruht.

Das Gesetz sieht außerdem eine **finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Bund vor**.

## Sachsen unterstützt Entfristung der Schrankenregelung im Urheberrecht (TOP 9)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der **Bundesrat hat einvernehmlich** ein Gesetz zur **Änderung des Urheberrechtsgesetzes** passieren lassen.

Mit dem Gesetz wird die sogenannte **Schrankenregelung des Urheberrechtsgesetzes entfristet**. Nach § 52a des Urheberrechtsgesetzes ist es zulässig, **kleine Teile** eines Werkes, **Werke geringen Umfangs** und einzelne **Zeitschriftenbeiträge** zur Veranschaulichung des **Unterrichts an Schulen, Hochschulen und weiteren Bildungseinrichtungen einem bestimmten Kreis von Unterrichtsteilnehmern öffentlich zugänglich zu machen** und beispielsweise in Intranets einzustellen. Die Veröffentlichung muss aber Bildungszwecken dienen, **kommerzielle Zwecke dürfen damit nicht verfolgt werden**.

Bisher handelte es sich dabei um eine befristete Sonderregelung, die mehrmals verlängert wurde und zum 31.12.2014 auszulaufen drohte. Nun soll sie **dauerhaft gelten**.

## Sachsen unterstützt Forderung des Bundesrates nach mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr (TOP 16)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung **eine Länderinitiative zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes** beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf will der Bundesrat erreichen, dass die **Länder zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs mehr Geld erhalten**.

Dies sei dringend nötig, da die **Regionalisierungsmittel** in den letzten zwölf Jahren lediglich **um sechs Prozent stiegen**, die **Trassenkosten pro Zugkilometer jedoch um 28,8 %** (Stand 2013). Dem trägt der Gesetzentwurf Rechnung. Neben einer Erhöhung des Ausgangsbetrages **auf 8,5 Mrd. Euro** sieht die Gesetzesänderung eine **jährliche Dynamisierung** des Betrages **von 2% vor**.

Bei der **Bahnreform 1993** ist **den Ländern** der öffentliche Personennahverkehr unter der Bedingung einer angemessenen Finanzausstattung **übertragen worden**. Seit der Bahnreform ist durch deutlich ausgeweitete Angebote bei Bahnen und Bussen und durch regional integrierte Tarifsysteme **die Zahl der Fahrgäste deutlich gestiegen**.

Der Gesetzentwurf wird nun an den **Deutschen Bundestag weitergeleitet**.

## Sachsen unterstützt Vorstoß zum erhöhten Beförderungsentgelt (TOP 17)

---

Auf Initiative des Freistaates Bayern hat der **Bundesrat der Bundesregierung einen Verordnungsentwurf zugeleitet**, der eine **Erhöhung des »erhöhten Beförderungsentgeltes« von 40 auf 60 Euro** vorsieht.

Die letzte Erhöhung erfolgte vor zwölf Jahren. Da sich in der Zwischenzeit **Preise, Löhne, aber auch die Tarife** für die Personenbeförderung deutlich erhöht haben, **ist eine Anhebung notwendig**. Letztlich ist zu berücksichtigen, dass dem 2002 festgelegten Betrag von 40 Euro die **abschreckende Wirkung**, die von dem erhöhten Beförderungsentgelt ausgehen soll, **nicht mehr** in dem erforderlichen Maße **zukommt**. Die hohe Zahl von Fahrten ohne gültigen Fahrschein belegen zudem, dass der derzeitige Betrag keine ausreichende Hinderung mehr für

Schwarzfahrer darstellt. Die **Verkehrsministerkonferenz** hatte sich bereits im April 2013 **für eine Anhebung ausgesprochen**.

## **Sachsen unterstützt Forderungen des Bundesrates beim Gesetz für Post, Postbank und Telekom (TOP 19)**

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der **Bundesrat** hat in seiner heutigen 928. Sitzung **einstimmig** in einer Stellungnahme **Nachbesserungen** beim »Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Personalrechts der Beamtinnen und Beamten der früheren Deutschen Bundespost« **gefordert**. Kernforderung ist, dass den Nachfolgeunternehmen der Deutsche Bundespost auch zukünftig **Unternehmensumstrukturierungen nicht unnötig erschwert werden**. Auch sollen der Post, der Postbank und der Telekom keine Mehrkosten wegen der Übertragung von Aufgaben aufgebürdet werden.

Unternehmen der früheren Deutschen Bundespost wurden 1994 durch das **Postumwandlungsgesetz** in die Deutsche Post AG, die Deutsche Postbank AG und die Deutsche Telekom AG umgewandelt. Heute hält der Bund entweder keine oder lediglich eine Minderheitsbeteiligung an den Postnachfolgeunternehmen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das **Dienstrecht für die Beamtinnen und Beamten**, die noch bei den Postnachfolgeunternehmen tätig sind, **verändert und kostenrelevante Personalverwaltungsaufgaben** bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation **zusammengeführt werden**.

## Bundesrat nimmt erneut Stellung zur Datenschutzgrundverordnung (TOP 25)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung **erneut Stellung** zum Entwurf einer **EU-Datenschutz-Grundverordnung** genommen.

Die Verordnung soll einen **unionsweit einheitlichen Rechtsrahmen** für den Datenschutz schaffen. Damit würde sie das **Bundesdatenschutzgesetz** sowie den bereichsspezifischen **nationalen Datenschutz** - insbesondere im Sozial- und Beschäftigtenbereich - weitgehend **ablösen**. Der Bundesrat hatte gegen den Vorschlag im März 2012 eine **Subsidiaritätsrüge erhoben** und zudem eine umfangreiche und kritische Stellungnahme beschlossen.

Am 12. März 2014 hat das **Europäische Parlament einen Kompromissvorschlag verabschiedet**. Nun ist geplant, die Abstimmung zwischen Rat, Europäischem Parlament und Kommission (sog. **Trilog**) **noch im Jahre 2015** durchzuführen.

Der Bundesrat **bekräftigt seine Kritik** an der Vorlage, geht aber auch auf den Kompromissvorschlag und den neuen Verfahrensstand ein. Er setzt sich insbesondere für die **Beibehaltung des hohen deutschen Datenschutzniveaus** ein. Die mehrheitlich angestrebte Einführung eines spezifischen **Verbandsklagerechts** wurde **vom Freistaat Sachsen nicht unterstützt**.

## Sachsen unterstützt Erleichterung für Bäckereien, Fleischereien und Gaststätten bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln (TOP 46)

---

Der Bundesrat hat **mit den Stimmen Sachsens der vorläufigen Lebensmittelinformations-Ergänzungsverordnung zugestimmt**. Die Vorlage war mit **Fristverkürzungsbitte** eingereicht worden und wurde **ohne Ausschussberatungen verabschiedet**.

Ziel der vorläufigen Verordnung ist die **Umsetzung und Vereinfachung von EU-Recht**. Die Verordnung beinhaltet eine **Pflichtkennzeichnung von nicht vorverpackten Lebensmitteln** (sogenannte »lose Ware«) auf Inhaltsstoffe, **die Allergien und Unverträglichkeiten** auslösen können bis Ende 2014.



Dies betrifft vor allem **Handwerksbetriebe, wie Bäckereien, Fleischereien, Gastronomie**. Diese müssten nach dem EU Recht die entsprechenden Informationen über allergene Inhaltsstoffe bzw. Unverträglichkeiten schriftlich auslegen. Durch die vorläufige Ergänzungsverordnung ist es **nun auch möglich diese Informationen mündlich** an die Verbraucher bzw. Kunden **weiterzugeben**.

## Sachsen unterstützt vereinfachte Führerscheinvergabe für ehrenamtlich Tätige (TOP 35)

---



928. Bundesratssitzung  
(© LV Sachsen | Eggert)

Mit der Verordnung zur **Änderung der Fahrerlaubnisverordnung** will die Bundesregierung Verfahren zur Neuerteilung einer Fahrerlaubnis ändern.

Der Bundesrat fordert **mit den Stimmen des Freistaates Sachsen** die Wiedereinführung einer **Sonderregelung für Fahrer von Einsatzfahrzeugen**. Diese sollen auch dann keinen Nachweis der körperlichen und geistigen Eignung vorweisen müssen, wenn sie das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ziel dieser Regelung ist die **Steigerung der Attraktivität des ehrenamtlichen Engagements** – beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerks.

Auch soll durch die Bundesregierung sichergestellt werden, dass Personen, deren Fahrerlaubnis **durch Entzug, Verzicht oder Ablauf der Geltungsdauer erloschen ist**, bei der **Neuerteilung** eine Fahrerlaubnis **in dem gleichen Umfang** erhalten, der auch ohne das Erlöschen bestanden hätte. Nach der von der Bundesregierung vorgelegten Fassung werden Personen, deren Fahrerlaubnis auf Grund des Ablaufs der Geltungsdauer erloschen ist, schlechter gestellt als jene mit Entzügen und Verzichten.

## **Staatsminister Dr. Jaeckel zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Europakammer gewählt (TOP 44)**

---

Der Bundesrat hat den **sächsischen Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Herrn Dr. Fritz Jaeckel**, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Europakammer für das laufende Geschäftsjahr gewählt.

Die Europakammer tagt in Ausnahmefällen in denen eine **schnellere Reaktion des Bundesrates erforderlich** als sie die Plenartermine erlauben. Für diese Fälle und für die Behandlung von Gegenständen, die **vertraulich beraten** werden müssen, sieht das Grundgesetz (Artikel 52 Absatz 3 a) die Europakammer vor, deren **Beschlüsse als solche des Bundesratsplenums gelten**.

## **Staatsminister Schmidt zum Mitglied der Endlagerkommission gewählt (TOP 45)**

---

Der Bundesrat hat den sächsischen **Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Herrn Thomas Schmidt** als Mitglied in die »**Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe**« gewählt. Staatsminister Schmidt folgt in dieser Funktion **dem sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich** nach.

Die sogenannte »Endlagerkommission« soll einen **gesellschaftlichen Konsens** in der Frage der **sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle** finden.